

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.)
Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 608.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelleile 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelleile mit Plakvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelleile Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelleile 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Reaktionäre Hebe gegen die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet.

Einigung im Ruhrgebiet.

Essen, 1. April. Ueber die Einigungsverhandlungen in Münster teilt der Zentralrat dem Volksbureau mit: Die Vollversammlung der Vollzugsräte für das Industriegebiet Rheinland-Westfalen beschließt die Anerkennung und sofortige Durchführung der Bielefelder Vereinbarungen vom 24. März und der am 31. März in Münster getroffenen Vereinbarungen. Die Kampfleiter der Roten Armee erklärten, daß sie sich diesen Beschlüssen der Vollzugsräte unterwerfen und für sofortige Durchführung sorgen würden.

Essen, 1. April. Die heute nachmittag in Essen zusammengetretene Vollversammlung aller Vollzugsräte des Industriegebietes hat beschlossen, auf Grund der Erklärung der Reichsregierung und der Verhandlungen in Münster die dortige Verhandlungslage anzuerkennen und den Generalstreik aufzuheben. Es dürfte immerhin noch einige Tage dauern, bis man die Rote Armee zurückgeführt und aufgelöst hat. Die Gefahr besteht, daß einzelne Detachements, die ihre Gewehre trotz der Streikbestimmungen mit nach Hause genommen haben, für das Land eine gewisse Plage werden.

Darmen, 1. April. Der Generalstreik ist im Wupperthal auf Grund der Einigung in Münster beendet. Heute nachmittags wurde die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen. In der Versammlung, in der der Generalstreik aufgehoben wurde, erklärte der unabhängige Parteisekretär Christmann, daß die Verhandlungen in Münster ein zufriedenstellendes Ergebnis gehabt und ein Widerstand gegen die starken Truppenmassen der Regierung wenig Aussicht auf Erfolg geboten hätte. Die Waffen blieben entgegen der vom General Watter in seinem Ultimatum gestellten Forderung auf Abgabe im Ort unter Aufsicht der Behörde und des Aktionsausschusses. Die roten Kampftruppen würden aufgelöst und durch eine Arbeiterwehr ersetzt. Für Darmen sei eine solche Wehr von 450 Personen vorgesehen, die teils vom Staate bezahlt und teils in den Betrieben beschäftigt würden. Letztere würden nur einzeln und bereitgehalten. General Watter werde gebeten, sobald überall wieder geregelte Zustände eingetreten seien und ein militärisches Eingreifen nicht mehr erforderlich sei.

Kämpfe mit der Reichswehr.

Münster, 2. April. Dem militärischen Lagebericht ist folgendes zu entnehmen: Ein Angriff der Gegner vorgestern Abend bei Wessel an der Straße Dinslaken-Friedrichslohle wurde unter schweren Verlusten abgewiesen. Dortselbst wurde vorgestern Abend von der bolschewistischen Artillerie heftig beschossen. Die Stadtverwaltung bittet dringend um sofortigen militärischen Schutz. Die Spitzebrüde südlich Haltern wurde nach heftigem Kampfe genommen. Die Gegner erlitten etwa 80 Tote. In Reddinghausen haben die Kämpfer im Postamt mit Handgranaten furchtbare Zerstörungen angerichtet. Bei Peltum hatte der Gegner die Brücke beim Bahnhof gesprengt. Daraufhin wurde der Ort gestört von uns genommen.

Reichskanzler Müller über die Lage im Ruhrgebiet.

Berlin, 3. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In einer Pressekonferenz äußerte sich gestern der Reichskanzler Hermann Müller über die Lage im Ruhrgebiet. Er erklärte sie als außerordentlich ernst. Die Persönlichkeiten, mit denen man das Abkommen geschlossen habe, hätten inzwischen die Gewalt über die Massen verloren. Besonders böse wäre die Situation in Mülheim, Sterkerade und Duisburg. Der Generalstreik in Essen sei von den Bewaffneten mit Gewalt erzwungen worden. Auch eine Deputation der Mehrheitssozialisten habe erklärt, daß eine Heilung von innen heraus nicht möglich sei und daß man das Einrücken der Reichswehr als eine Erstlösung betrachten werde. In Hammeln würde das Einrücken der Truppen auch von den Unabhängigen gefordert, da hier besonders schlimme Reiterereien vorgekommen seien. Jedoch hätten die Reichswehrtruppen die größte Anwesenheit erhalten, vor heute nach nicht eingemarschieren. Sehr bedenklich sei, daß die Kohlenproduktion jetzt völlig daniederliege. Es sei gewiss möglich, daß sich die Lage noch in den nächsten Stunden entspanne, aber man müsse damit rechnen, daß die Truppen innerhalb 48 Stunden eingriffen, um wieder Ruhe und Ordnung zu schaffen. Es würde sich indessen nur um eine Polizeiaktion handeln, ausschließlich gegen den Tonhagel gerichtet, nicht um einen militärischen Schlag.

Die Freiheit schreibt zu den Ausführungen Hermann Müllers: Wir vertreten auch heute noch die Anschauung, daß zu einer ungünstigen Beurteilung der Situation durchaus kein Anlaß vorliegt. . . Wenn die Vereinbarungen mit den Arbeitervertretern bisher noch nicht ihre volle Wirkung ausgeübt haben, so liegt das nicht zum mindesten daran, daß die militärischen Befehlshaber bisher den guten Willen noch nicht gezeigt haben, sich an die Abmachungen zu halten. Der Zentralrat führt Beschwerde darüber, daß trotz der Anordnungen die Reichswehrtruppe in einer Anzahl von Orten Angriffe auf die Arbeiter unternähme. . . Sie müsse auch heute noch auf das Ernsteste vor allen überleiteten Schritten warnen. Vor allem aber müssen wir verlangen, daß alle Anordnungen im vollen Einverständnis mit den Arbeiterparteien und den Arbeiterformationen getroffen werden.

Erneute Vorstellung bei der Entente.

Berlin, 1. April. Da die aus dem Ruhrgebiet kommenden Nachrichten sich ständig verschlechterten, ist der deutsche Gesandter in Paris in der Nacht vom 31. März zum 1. April durch dringliche Instruktion aufgefordert worden, nochmals bei der französischen Regierung wegen des gegebenenfalls notwendig werdenden Einmarsches in die neutrale Zone vorstellig zu werden.

Stellungnahme der Berliner Genossen

Gestern tagte die Generalversammlung von Berlin-Brandenburg der U. S. P., auf der Crispian und Däumig zur politischen Lage referierten. Crispian rechtfertigte es, daß die Partei an der während des Generalstreiks aufgestellten Forderung der Wahl revolutionärer Betriebsräte nicht festgehalten habe. Während des Streiks habe sich die bringende Notwendigkeit einer totalen Annäherung der Arbeiterorganisationen gezeigt. Da hätte es die Partei nicht darauf ankommen lassen dürfen, daß es für die Zukunft heiße, sie hätte die Bildung einer Arbeiterregierung verhindert. Crispian erklärte, er wisse wohl, die Situation sei seit dem Generalstreik eine andere. Der Modestus sei beseitigt. Wohl unterschiede sich die neue Koalition in nichts von der alten. Aber jedem Arbeiter sei es jetzt klar geworden, daß eine Koalitionsregierung unmöglich sei. Die Regierung werde keine Zeit haben, sich lange zu befinden, ob sie die Forderungen der Gewerkschaften erfüllen wolle. Dabei müsse es sich nicht nur um die Ausmerzungen einzelner Offiziere handeln, sondern die ganze Offiziersklasse sei zu beseitigen und die organisierte Arbeiterschaft zu bewaffnen. Mit Nachdruck sei sich Crispian für die Forderung einer sozialistischen Regierung ein. Darin könnten auch Rechtssozialisten mitgehen, aber die Unabhängigen müßten den entscheidenden Einfluß in ihr haben. Die Hauptsache sei, daß sich die sozialistische Regierung auf ein befriedigendes Programm stützen könne. Im übrigen würde auch eine sozialistische Regierung nur ein Übergang sein, hinter der die Diktatur des Proletariats stehen würde.

Däumig polemisiert in seinem Referat gegen den Streikabbruch am 28. März. Damit habe man sich die Möglichkeit genommen, auf die Verhandlungen einen Druck auszuüben und die Rechtssozialisten wieder zu entscheidenden Einfluß gebracht. Auch der Verzicht der Partei auf die Parole zur Wahl revolutionärer Betriebsräte sei ein großer Fehler gewesen. Man habe die Forderung der Räte in das Aktionsprogramm aufgenommen, also müsse man die Forderung auch verwirklichen. Die Räte, die eine der besten Stützen der sozialistischen Regierung seien, wären unbedingt erforderlich, wenn mit der Sozialisierung Ernst gemacht werden sollte. Der Kampf müsse weitergehen im revolutionären Sinne.

Die Versammlung wurde nach den Referaten vertagt.

Freilassung des Adlon-Soldaten.

Volksbureau meldet: Vom Reichswehrgruppenkommando I wird uns mitgeteilt: Durch Entscheidung des Reichsmilitärgerichts ist die Schutzhaft über den Prinzen Joachim Albrecht von Preußen aufgehoben und der Prinz aus der Schutzhaft entlassen worden. Der Oberbefehlshaber, General von Seeck, hat daraufhin unter Zustimmung des Regierungskommissars dem Prinzen nach der Entlassung bis auf weiteres den Aufenthalt innerhalb Groß-Berlins verboten. Wie man sieht, hat man es mit der Entlassung aus der Schutzhaft recht eilig, wenn es sich nicht um Kommunisten oder Unabhängige handelt. Uebrigens schreift der Hofprekursorium nicht in die Schutzhaft, sondern in die Untersuchungshaft. Da bei dem Prinzen dringender Fluchtverdacht vorliegt, kommt die Entlassung einer Reichswehrtruppe gleich.

Vor dem Verbrechen.

Entgegen allen Abmachungen werden die militärischen Operationen gegen die Arbeiter in Rheinland-Westfalen fortgesetzt. Ein neues München wird systematisch vorbereitet. Regierung und Militärgewalt, Bureaucratie und bürgerliche Presse suchen die Vorbereitungen für eine niederschlagende Aktion der Reichswehr zu schaffen. Diefelben Truppen, gegen die die Regierung Ebert-Bauer den Beistand der Arbeiter anrief, sollen im Auftrag der Regierung Ebert-Müller die Arbeiterschaft niederknüppeln.

Das alte Märchen von einem großen spartakistischen Putz im Rheinland wird hervorgezogen, um ein solch nichts-würdiges Vorgehen zu rechtfertigen. Die Bewegung in Rheinland-Westfalen ist nicht systematisch vorbereitet gewesen, sie entstand spontan aus der ungeheuren Erregung der Arbeiterschaft über den Putz der Kapp-Deute. In geschlossener Front ist in jenen Putztagen die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft in den Abwehrstreik eingetreten. Zum militärischen Aktiven in Rheinland-Westfalen ist es erst durch die Provokationen der dort stehenden reaktionären Truppen gekommen, die sich auf den Boden der Kapp-Regierung gestellt hatten. Rheinland-Westfalen war der Sitz der reaktionärsten Formationen des neuen deutschen Militarismus. Dort standen die Korps der Schutz, der Lichtschlag, der Lühow — Lühows wilde verwegene Jagd. Diese Truppen haben seit einem Jahre den weißen Schrecken in Rheinland-Westfalen ausgeübt. Tausende von Arbeitern sind durch sie ihrer Freiheit beraubt worden. In diesen Truppen sah die Arbeiterschaft die Mörder von vielen ihrer Klassengenossen. Beim Beginn des Kapp-Putzes besetzten diese Korps die Hochburgen der sozialistischen Bewegung in Rheinland-Westfalen. Ueber ihre Absichten war kein Zweifel möglich. Die angesehensten Führer der sozialistischen Bewegung wurden von ihnen verhaftet oder die Verhaftung wenigstens versucht. Die Arbeiterschaft fürchtete mit Recht, daß nunmehr die Degimierung der Arbeiterschaft erfolgen würde.

Zur Abwehr haben die Arbeiter zu den Waffen gegriffen. Im Kampf gegen die Reichswehr, der mit bewundernswerter Bravour geführt wurde, hat sich die Arbeiterschaft bewaffnet mit den Kampfmitteln, die sie den reaktionären Truppen, den Zeitfreiwilligen, den Einwohnerwehren, abgenommen hat. Sie kämpfte um ihre Existenz, für eine große Idee. Der Gedanke der Solidarität hielt sie zusammen gegen den reaktionären Feind. Es gelang ihr, das Industriegebiet von den reaktionären Banditen und Banditenführern zu säubern.

Nach ihren ersten Erfolgen aber wurde die militärische Gegenaktion gegen die Arbeiterschaft eingeleitet. Aus den Gegenden Deutschlands, wo vornehmlich der Sitz des neuen Militarismus war, aus Süddeutschland und Schlesien, begannen die Transportzüge nach Rheinland-Westfalen zu rollen. Die für die Reaktion willigen Bauernhöfe aus dem Osten und aus Bayern, die gegenrevolutionär bewaffneten Studenten aus Württemberg wurden gegen die rheinische Arbeiterschaft geführt. In Württemberg begann eine regelrechte Mobilisierung gegen Rheinland-Westfalen unter der Parole: Gegen den Bolschewismus. Diese Maßregeln waren nicht improvisiert. Sie waren systematisch vorbereitet und stellten nichts anderes dar, als einen Teil des Aktionsplanes der reaktionären Putzisten. Es ist durchsichtig genug, daß jede gegenrevolutionäre Regierung in Deutschland zunächst danach trachten muß, das Industriegebiet in ihre Hand zu bekommen, und daß sie ihre stärksten und zuverlässigsten, d. h. reaktionärsten Kräfte gegen das Kraftzentrum der deutschen Arbeiterschaft ansetzen muß. Was das Militär nicht mehr für die Kapp und Lüttich ausführen konnte, die Niederschlagung der rheinischen Arbeiterschaft, das suchte es nun für die Ebert-Müller formell, in Wahrheit aber für die eigentlichen Zwede der Reaktion zu vollenden.

Inzwischen hatte die Arbeiterschaft selbst für die Ordnung der Zustände in Rheinland-Westfalen Sorge getragen. Der Generalstreik war beendet worden, nur die kämpfenden Arbeiter blieben außerhalb der Betriebe. Die Produktionsleistung ging weiter. Die Produktivität der Arbeit in den Bergwerken wuchs. In dem Bewußtsein, daß ein entscheidender Schritt in der Richtung zum Sozialismus hin getan sei, daß die Kohlenwirtschaft den Händen des Privatkapitals entzogen sei, verführten die Bergarbeiter Ueberrichten, was sie standhaft abgelehnt hatten, solange es zum Nutzen privater Kapitalisten geschähe wäre. Trotz aller Zwischenfälle und trotz aller wilden Bildungen, die in der Zeit des Bürgerkrieges unvermeidlich sind, gelang es den Leistungen der